



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/140 - 19.6.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 037890

Der Schacher um das Wahlgesetz	S. 1
Wandlungen in der sowjetrussischen Nationalitätenpolitik	S. 3
Kurzschule - ein gelungenes Experiment	S. 5
Minenleger gegen die deutsche Demokratie	S. 7
Anhang: Die Entschliessungen der Berliner SPD	

Es wird weiter gekurbit

(sp) Der Einspruch der CDU gegen die Verabschiedung des Wahlgesetzes entspricht dem bisherigen Bemühen dieser Partei und des Kanzlers, eine saubere Regelung des Wahlrechts zu verhindern. Nicht einmal die letzten Ereignisse in Berlin und Ostdeutschland haben die CDU veranlassen können, mit der Praktizierung der Demokratie ernst zu machen. Der beleidigende Ausspruch des CDU-Abgeordneten Würmeling zeigt die Skrupellosigkeit, mit der ein Teil der CDU den staatspolitischen Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenübersteht. Der Geist, der hinter den Worten Würmelings steht, ist der gleiche, der im vorigen Jahr zur Vorlage eines Machtsicherungs-Gesetzes der Regierung führte und heute den gleichwertigen Scharnberg-Vorschlag noch am Leben hält. Mit der damit verbundenen Haltung, die parteipolitischen Machtdrang vor die gemeinsame Verantwortung für die Stärkung der deutschen Demokratie stellt, müssen manche der Äußerungen stark entwertet werden, die in diesen Tagen für die Menschen gemacht wurden, die in Berlin und Ostdeutschland bereit waren, für die Sache der Demokratie in den Tod zu gehen. Für die demokratischen Parteien in Bonn liegt die Konsequenz aus den Ereignissen in Berlin nicht in Deklamationen, sondern in dem praktizierten Willen, die deutsche Demokratie zu stärken.

Nachdem die Regierung es versäumt hatte, rechtzeitig ein

neues Wahlgesetz vorzulegen, das in diesem Sinn vertretbar ist, hatte die Opposition, um jeden an den Grundlagen unseres Staates rüttelnden Konflikt zu verhindern, die Erneuerung des Wahlgesetzes von 1949 vorgeschlagen. Die Regierung, die CDU und die Deutsche Partei, beharrten jedoch auf ihren Machtsicherungsentwürfen im Stile des italienischen Wahlgesetzes, auf das Italiens Demokratie gerade die unvermeidliche Quittung erhalten hat. Um in jedem Fall ein Wahlgesetz auf breiter Grundlage zu ermöglichen, hat sich dann die sozialdemokratische Opposition unter wesentlichen Zugeständnissen hinter jenen Kompromiss gestellt, der von dem FDP-Abgeordneten Onnen vorgelegt worden war und am letzten Mittwoch von der Mehrheit des Bundestages beschlossen wurde. Auch die SPD hat in diesem Kompromiss keine ideale Lösung des Wahlrechts gesehen und erklärt, dass der zweite deutsche Bundestag mit Beginn seiner Legislaturperiode an die Neuregelung dieser Frage herangehen sollte. Zusammen mit der Mehrheit der FDP ist die SPD der Auffassung, dass der in der zweiten Lesung bestätigte Kompromiss die beste der jetzt möglichen Lösungen ist. Weder die CDU noch die Deutsche Partei können behaupten, dass sie durch dieses Wahlgesetz in irgendeiner Weise benachteiligt sind - es ist im Grunde das gleiche Wahlgesetz, mit dem die gegenwärtige Regierung ihre Position gewonnen hat. Was soll angesichts dieser Tatsache das Gerede von der Notwendigkeit eines Wahlgesetzes, das eine handlungsfähige Regierung sichert? Ist die Regierung Adenauer nach dem Urteil ihrer eigenen Repräsentanten nicht handlungsfähig?

Der Bundestag will in 14 Tagen seine Sitzungsperiode beenden und die Länder warten darauf, aufgrund des Wahlgesetzes die Bundestagswahlen vorberaten zu können. Auch das scheint der CDU gleichgültig, denn zusammen mit der Deutschen Partei möchte sie weiterhin ihr Machtsicherungsgesetz durchsetzen. Darum ist sie am Freitag Vormittag der klaren Entscheidung vor der Öffentlichkeit ausgewichen und hat sich wieder einmal in die Bonner Konferenzzimmer geflüchtet, wo nun mit Druck und Kompensationsgeschäften an eine Frage herangegangen wird, die ein Kernproblem unserer Politik ist.

## Die neue Nationalitätenpolitik in der UdSSR

### Der Beginn in Georgien und der Ukraine

B.L. - Die letzten Ereignisse, die sich zuerst in Georgien, und dann in der Ukraine abspielten, genügen schon, um über einen ganz neuen Kurs Moskaus gegenüber den nichtrussischen Völkern in der Sowjetunion zu sprechen. Diese Ereignisse verdienen eine genauere Untersuchung.

Mitte April kam es in Georgien zu einem lokalen Staatsstreich. Es wurde der gesamte bisherige stalinistische Spitzen-Staats- und Parteiapparat aufgelöst und teilweise auch verhaftet. Zu den Verhafteten gehörten der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Georgiens, Mgeladse, der georgische Premierminister Ketschowili und der Staatssicherheitsminister Ruchadse. Sie alle wurden beschuldigt, "nationale Feindseligkeiten innerhalb Georgiens zu verbreiten". Gleichzeitig wurden die durch Stalin im Jahre 1951 und 1952 wegen "georgischen Nationalismus" verhafteten georgischen Kommunisten nicht nur freigelassen, sondern es wurde ihnen die Macht in Partei und Regierung in Georgien übergeben.

Diese Ereignisse in Georgien haben eine starke Schreckwirkung innerhalb des bisherigen Spitzenapparates in allen Republiken der Sowjetunion zur Folge gehabt. Die bedeutendsten Ereignisse seit dieser Zeit spielen sich besonders in der Sowjetukraine ab. Das Zentrale Organ in der Sowjetukraine, "Radjenska Ukraina", stoppte seinen Kurs gegen den "ukrainischen Nationalismus" ab und zum erstenmal seit 15 Jahren erschien nun die Phrase, dass neben "dem lokalen Nationalismus auch der grossrussische Chauvinismus das grösste Hindernis für die Bildung der wahren Föderation der Völker ist". Die Krönung dieses neuen Kurses waren die Ereignisse, die sich in der Sowjetukraine am 14. Juni dieses Jahres abgespielt waren.

Durch einen Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde der bisherige Statthalter der Ukraine, der erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine, L.G. Mielnikow, seines Postens enthoben. An seine Stelle trat

sein bisheriger Stellvertreter, ein Ukrainer A.I. Kiritschenko. Zu dessen Stellvertreter wurde der bisherige Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der Ukrainischen Sowjetrepublik, der bekannte ukrainische Schriftsteller Alexander Kornijtschuk, ernannt. Auf diese Weise ist zum erstenmal in der Geschichte der Sowjetukraine der Posten des ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei der Ukraine durch einen Ukrainer besetzt. Auch der Posten des zweiten Sekretärs, welcher gleichzeitig für die Kaderpolitik in der ganzen Ukraine bestimmt ist, befand sich in den Händen der nationalbewusstesten Ukrainer. Wenn man sich daran erinnert, dass zu Lebzeiten Stalins als Prinzip galt, die Besetzung aller wichtigsten Spitzenposten in den Republiken der UdSSR durch die Russen - z.B. Mielnikow ist aus dem Moskauer Bezirk nach der Ukraine beordert worden - so muss man zweifellos feststellen, dass in den letzten Ereignissen in der Ukraine wir es mit einem radikalen Bruch dieser bisherigen stalinistischen Praxis zu tun haben.

Aber nicht nur die formelle Seite dieser Veränderung ist hier wichtig. Die Abberufung Mielnikows wurde von der fast sensationell klingenden Begründung begleitet, dass er Russifizierungsmaßnahmen in gewissen Gebieten der Ukraine unterstützt habe, die Spitzenpositionen mit "ortsfremden Elementen" besetzte und dass er überhaupt grosse Fehler in der wirtschaftlichen und kulturellen Politik begangen habe. Diese Begründung belässt keinen Zweifel, dass der neue Kurs gegenüber den nichtrussischen Völkern in der Sowjetunion nicht nur formelle, sondern auch gewisse qualitativ neue Elemente in sich trägt.

Der neue Kurs der Politik Moskaus gegenüber anderen Völkern der Sowjetunion ist keinesfalls eine blosser Geste, sondern eine Notwendigkeit, um die Sympathien der Massen dieser Völker für sich zu gewinnen. Diese neuen Symptome, die vorläufig nur in Georgien und in der Ukraine zum Ausdruck gekommen sind, werden sich auch in den anderen Republiken der Sowjetunion durchsetzen. Sie sind ein Bestandteil jener neuen Phasen der Entwicklung der Sowjetunion, die nach dem Tode Stalins vor sich geht.

Wirksame KurzschuleBemerkungen zu einer neuen Methode der Sozialerziehung

-gg- Die bewusst nicht mehr zu bewältigende Fülle von Sinnes-  
eindrücken und ein nicht methodisch gerüstetes, deswegen passiv ge-  
wordenes Bewusstsein, das nicht einmal das Symptomatische mehr erfasst,  
das sind die beiden entscheidenden Tatsachen, vor denen jede zeit-  
gerechte Erziehungsbemühung steht.

Der Erzieher steht in fast hoffnungsloser Konkurrenz zu den ein-  
prägsamen Schlagworten, Schlagzeilen und Plattformen der Zeitungen,  
der Kinos, des Rundfunks und der Handelswerbung. Was könnte er tun,  
um seine Aufgabe dennoch legitim, nicht durch bloss oberflächlichen  
Interessenfang, sondern durch die Sammlung auf das Wesentliche, er-  
füllen können? Wie könnte er den von der Unruhe der Zeit aufgesoge-  
nen, von Sitte und guter Gewohnheit nicht mehr selbstverständlich fest  
gehaltenen jungen Menschen von heute zu sich selber, zu gesunder  
Selbstachtung und damit auch zu echter sozialer Haltung erwecken? Auch  
die von menschlichen und sachlichen Umständen in ihrer Entwicklung ge-  
schädigte Jugend birgt ja die grosse Gabe aller guten Möglichkeiten.

Den Drang nach Leistung befriedigt

Einer unserer besten Erziehungspraktiker, Kurt Hahn, hat mit  
seiner seit 1940 in England, seit dem Vorjahre auch in Deutschland an-  
gewendeten Methode der outward bound school, die bei uns einfach Kurz-  
schule heisst, eine Antwort auf diese Fragen zu geben versucht. Die  
Erfahrung hat ihm recht gegeben. Kurt Hahn beginnt ohne theoretische  
Umschweife. Er packt die jungen Leute bei ihrem Drang nach dem Be-  
sonderen, Hervorgehobenen, nach Leistung und hoher Beanspruchung.

Die 16-bis 20jährigen Jungen, die - von Firmen, Gewerkschaften,  
Behörden oder Gönnern bezahlt - in die vierwöchige Kurzschule kommen,  
werden in die Räumlichkeiten eingewiesen und dann finden sie sich  
im Handumdrehen im "Dienst". Eine "Mache" hat Bootsdienst, betreut  
das Seefunkgerät, handhabt den Raketenapparat, schwimmt,  
pult oder taucht. Die andere befindet sich im Training zu prakti-  
schem Feuerwehreinsatz an einer Motorspritze, während eine dritte  
alle Fertigkeiten übt, die in einer grossen Rettungsstation des DRK  
verlangt werden. Alles geschieht unter fachlicher Anleitung. Die dra-

matischen Übungsmittel sind keine Spielgeräte. Rettungsboote, Raketenapparat und Seefunkgerät gehören zur Station der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger an einer Gefahrenstelle der Ostseeküste.

Die technische Ausbildung wird durch ein hartes, sportliches Training ergänzt, teilweise erst ermöglicht. Nebenher gehen landes- und staatsbürgkundliche Belehrungen. Im Laufe der Wochen beginnen die Jungen dann, sich zu fragen, welches Ziel diese Schule verfolge. Sie zielt offensichtlich auf keinen bestimmten Beruf, auch auf keine erkennbare Studienförderung. Jedermann weiss, dass er nach einigen Wochen an seinem alten Platz an der Werkbank, im Hörsaal oder im Kontor sein wird.

Ist die Frage wach geworden, so darf sie beantwortet werden. Immer für den nächsten als Helfer bereit zu sein, das ist die Lehre der Kurzschule. Darüber hinaus ist aber das Ganze ein Bild dessen, was es ohne Dramatik in vielfältigen Formen als verantwortungsbewusster Staatsbürger in Beruf, Organisation und öffentlichem Leben zu bewähren gilt.

#### Segensreiche Wirkungen

Wir sagten schon, die Methode sei erprobt. Das gesteigerte Selbstbewusstsein, das die Jungen ergreift, die Disziplin, welche die unausweisliche Rücksicht auf die Mannschaft fordert und deren Verleugnung hier lebensgefährlich wäre, wirken fort. Der gute Kern, der in jedem gesunden jungen Menschen steckt, wird dauerhaft befruchtet. Das Leistungszeugnis, das er in seinen Alltag mitbringt, trägt er in seinem Herzen als Maßstab dessen, was er kann und als Pflicht erkannt hat, vor dessen Einsatz er sich nie mehr drücken darf.

Die erste ständige deutsche Kurzschule liegt im Schlosse Weissenhaus an der Howachtsbucht der Ostsee. Sie ist in reizvoller Landschaft auf einem Besitz der Grafen von Platen untergebracht. Ihre Trägerin ist die Deutsche Gesellschaft für europäische Erziehung in Stuttgart. Sie wurde im vorigen Jahre eröffnet und hat in diesem Jahre zum erstenmal auch eine Gruppe jüngerer Gewerkschafter als Teilnehmer gehabt. Das Ziel der Gesellschaft für europäische Erziehung ist, diese einleuchtende, nicht nur in England bewährte Methode auch an anderen Orten, etwa in Verbindung mit den Aufgaben der Bergwacht, des Gebirgsrettungsdienstes, ins Werk zu setzen.

McCarthyismus in der deutschen Politik

(sp) Die CDU kann den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, in das politische Leben der Bundesrepublik den Geist McCarthy hineingetragen zu haben - den Geist jenes USA-Senators, der durch seine manische Verfolgungssucht schon soviel menschliches und politisches Unheil in den USA angestiftet hat. Der Ausspruch des CDU-Abgeordneten Dr. Würmeling im Bundestag, das in der zweiten Lesung mit Mehrheit angenommenen Wahlgesetzes sei nur gemacht worden, um die Kommunisten zu fördern, war viel mehr als eine rednerische Entgleisung.

Das Parteiblatt des Bundeskanzlers, der "Rheinische Merkur", brachte am gleichen Tage die karikaturistische Untermalung dazu: wer die SPD wähle, besagt die Unterschrift, wähle die Kommunisten. Deshalb fehlt der Entschuldigung Brentanos die innere Überzeugungskraft. Die publizistische Praxis der CDU ist hier viel aufrichtiger, sie liefert täglich Beweise für eine Gemeinsamkeit mit McCarthy.

Die Folgen für das politische Leben und für das Verhältnis der Parteien zueinander sind leicht auszudenken. Sie müssen auf die Dauer jede noch vorhandene Übereinstimmung in gewissen Grundsatzfragen zerstören. Der Geist der Unduldsamkeit und die ständige Diffamierung des politischen Gegners unterhöhlen die Grundlagen des demokratischen Staates; in letzter Konsequenz führen sie zur Diktatur. Noch sind wir in der Bundesrepublik freilich nicht soweit wie in den USA, wo der McCarthyismus auf den Trümmern unzähliger vernichteter menschlicher Existenzen ein Regime der Furcht errichtet hat.

Hier gilt es den Anfängen zu wehren. Die CDU ist auf dem besten Wege, in unserer ohnehin höchst gefährdeten Lage die Rolle eines Minenlegers gegen die deutsche Demokratie zu übernehmen, wenn sie fortführt, die SPD wider besseres Wissen mit den Kommunisten gleichzusetzen. Das hat mit Wahlkampfpolitik nichts mehr zu tun, das sind Hitlertaktiken. Sie vergiftet damit von vornherein jede im politischen Bereich so notwendige Auseinandersetzung und schafft ein unerträgliches Klima.

---

Verantwortlich: Peter Raunau

Entschliessungen  
der Berliner SPD

Sieg für die Freiheit

Der Landesausschuss der SPD Berlin sieht im Kampf der Arbeiter Ostberlins einen gewaltigen Beitrag zum Ringen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Die Verhängung des Ausnahmezustandes ändert nichts daran, dass die Berliner nach der grossen Auseinandersetzung der Blockade einen neuen Sieg für die Freiheit errungen haben.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes zeigt die Niederlage von Grotewohl und Ulbricht in ihrem ganzen Ausmass. Mit dem Belagerungszustand und mit Polizeiwilkkür sind weder der Hunger, noch die Normenschinderei, noch die Rechtlosigkeit und die Spaltung Deutschlands aus der Welt zu schaffen.

Es muss jetzt Sache der drei westlichen Besatzungsmächte sein, unverzüglich in Verhandlungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht zu treten, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone und des Ostsektors ein normales Leben zu gewährleisten.

Der Landesausschuss der SPD-Berlin erklärt: Die sowjetische Besatzungsmacht hat selbst die SED desavouiert. Es ist unzumutbar, dass die gleichen Personen und Parteien, deren Politik so blossgestellt ist, die Bevölkerung weiterhin bis aufs Blut reizen.

Blutvergiessen, Chaos und der Gefahr des nackten Hungers muss ein Ende bereitet werden. Repressalien, die gegen die Sprecher der Arbeiter von den Organen des deutschen und sowjetischen Sicherheitsdienstes ergriffen würden, könnten nur eine weitere Verschärfung der Lage heraufbeschwören.

Die Besatzungsmächte müssten so rasch wie möglich ein Übereinkommen treffen, das der Bevölkerung der vier Zonen und Berlins die freie Selbstverwaltung und eine einem gesamtdeutschen freigeählten Parlament verantwortliche Regierung gewährleisten.

Von der Bundesregierung wird erwartet, dass sie unverzüglich und dringend auf die Besatzungsmächte in dieser Richtung einwirkt. Bis zu einer solchen Übereinkunft ist es Sache der sowjetischen

Besatzungsmacht, der Bevölkerung ihrer Zone die Rechte einzuräumen, die ihr bislang veronthalten wurden und den Verkehr zwischen Ost und West freizugeben.

Der Berliner Senat wird aufgefordert, den Opfern der Demonstrationen im Ostsektor und in der Zone, ihren Angehörigen und Freunden jede mögliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Es müssen unverzüglich Massnahmen getroffen werden, um die Bevölkerung des Ostsektors und der Zone von Berlin aus mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Berlinern bei der Lösung dieser Aufgabe jede erforderliche materielle Unterstützung zu gewähren.

Die SPD erwartet vom Senat die Wiederholung des Angebots auf unverzügliche Abhaltung freier Wahlen in ganz Berlin zur Herstellung verfassungsmässiger Zustände in der Verwaltung der ganzen Stadt.

+ + +

Bedauerlich und unangemessen

Der Landesverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei bedauert Form und Inhalt der vom Senator Dr. Conrad am 17. Juni vor dem Berliner Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärung auf das tiefste.

Die Bevölkerung Ostberlins und der Sowjetzone hatte einen Anspruch darauf, vom derzeit amtierenden Bürgermeister des freien Berlin eine politische Konzeption und konkrete Vorschläge zu erhalten, sowie Forderungen an die freie Welt zu hören.

All dies hat in der Erklärung des Herrn Senator Conrad gefehlt, obwohl die vorangegangene Stellungnahme der Berliner Sozialdemokratie alle Voraussetzungen für eine wirkliche Regierungserklärung bot. Mit unechtem Pathos wird den Menschen aus Ostberlin und der Sowjetzone nicht geholfen.

Der Landesvorstand bedauert nicht minder, dass Herr Schwennicke in derselben Sitzung für die FDP eine Erklärung abgegeben hat, die offensichtlich von parteitaktischen Erwägungen und nicht von dem hohen Verantwortungsgefühl getragen war, das dem Freiheitskampf der Bevölkerung im Ostsektor und der Sowjetzone angemessen ist.

+ + +